

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	72
		<b>TOP:</b>	4
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	690/2022 Neufassung
		<b>GZ:</b>	SWU
<b>Sitzungstermin:</b>	07.03.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>			
<b>Protokollführung:</b>	Frau Schmidt / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Entwicklungskonzept für die Flächen südöstlich des Bahnhofs Vaihingen - Abschlussbericht Beteiligungsprozess AufentHaltestelle Zukunft, Weiteres Vorgehen</b>		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 31.01.2023, öffentlich, Nr. 31  
Ergebnis: Einbringung der GRDRs 690/2022 mit Maßgaben

Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik v. 28.02.2023, öffentlich, Nr. 65  
Ergebnis: Einbringung

Der Antrag Nr. 54/2023 vom 06.03.2023 (CDU, Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei, FDP, FW) liegt als Tischvorlage aus und ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 14.02.2023, GRDRs 690/2022 Neufassung, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der im Abschlussbericht (Anlage 2) näher dargelegte Planungs- und Beteiligungsprozess AufentHaltestelle Zukunft am Bahnhof Vaihingen und die dabei entwickelten drei Planungskonzepte werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Vorbereitung der Aufstellung eines Bebauungsplanverfahrens auf Grundlage der Planungskonzepte und Leitthemen (siehe Seite 50 ff. der Anlage 2) wird zugestimmt. Im Zuge der Einleitung des Verfahrens ist das Bebauungsplanverfahren

Arrondierung Wallgraben-West (Vai 264) für die damalige Planung der aurelis mit Aufstellungsbeschluss vom 25. September 2012 einzustellen.

3. Auf der Entwicklungsfläche sollen Veranstaltungen und temporäre Aktionen bis zum Beginn der Aufsiedelung stattfinden. Diese Nutzung soll die im Beteiligungsprozess formulierten Bedarfe der Vaihinger Bürgerschaft und Themen wie Freiraum, Blau-Grüne Infrastruktur, Bewegung, Begegnung und Kultur etc. abbilden.

Der Antrag Nr. 54/2023 vom 06.03.2023 von CDU, Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei, FDP und FW liegt als Tischvorlage aus und ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

BM Pätzold verweist zunächst auf die Beratung im Bezirksbeirat und berichtet dann im Sinne der Präsentation. Dabei erläutert er zunächst die Ergänzungen des Bezirksbeirates zum Beschlussantrag (Folie 2), die Prioritäten für die Entwicklung des Bebauungsplanes (Folie 3) sowie die anknüpfenden Themen Machbarkeitsstudien und finanzielle Mittel (beides Folie 4). Darüber hinaus habe sich der Bezirksbeirat mit dem Bildungshaus beschäftigt und dieses mehrheitlich abgelehnt, dem Bau einer Mehrzweckhalle unter öffentlicher Trägerschaft aber mehrheitlich zugestimmt (Folie 5). Aus diesem Konglomerat habe die Verwaltung nun einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen erarbeitet (Folie 6), wobei zu beachten sei, dass für die Diskussion noch einige Grundlagen fehlten. Um in der Planung voranzuschreiten, erbitte er heute Zustimmung zur GRDs 690/2022 Neufassung mit den Ergänzungen des Bezirksbeirates (Ziffer 1). Der Bildungsträger solle seine Planungen überarbeiten, denn die Diskussion habe gezeigt, dass die Schule auf der Fläche zu groß sei und noch viele offene Fragen auch im Hinblick auf die zahlreichen Untersuchungen beständen (Ziffer 2). Die Verwaltung erarbeite ein Konzept zur Umsetzung einer Sporthalle (Ziffer 3). Am Ende des Jahres würden dann alle Ergebnisse gemeinsam vorgestellt, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden (Ziffer 4). Zu diesem Zeitpunkt könne dann auch über das Bildungshaus entschieden werden. Er betont, seit Jahren werde nach einer Fläche für das Bildungshaus gesucht, das weiterhin in einer Interimslösung im Gewerbegebiet untergebracht sei. Die Schule solle eine Perspektive auf ihrer privaten Fläche haben und könne dort städtebaulich verträglich untergebracht werden. Dieser Vorschlag zum weiteren Vorgehen folge auch dem vorliegenden Antrag.

StRin Schiener (90/GRÜNE) verweist auf das gute Gelände und die umfangreiche Beteiligung durch die Vaihinger Bürgerschaft. Zustimmung äußert sie zur Empfehlung für das weitere Vorgehen, wodurch der vorliegende Antrag obsolet werde. Sie anerkenne mit Respekt, dass Vaihinger Bezirksbeirat und Bürgerschaft viele Themen zu entscheiden hätten und darauf Zeit und Energie verwendeten. In den vergangenen Jahren habe es in Vaihingen viele Enttäuschungen gegeben, was sich in der Umfrage zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Bezirken widerspiegele. Das Gelände habe nicht zum ersten Mal eine Bürgerbeteiligung durchlaufen, und in den vergangenen zwei Jahren seien gute Konzepte und Ideen entwickelt worden. Man befinde sich nun im Zwiespalt des ablehnenden Votums des Bezirksbeirates zur Schule und dem Wunsch nach

Unterstützung derselbigen. Knackpunkt sei die Schule, die gewisse Vorstellungen habe, die aber aufgrund der Rahmenbedingungen nicht ins Baurecht "gegossen" werden könnten. Insofern müsse sich der Träger bewegen. Zum Hinweis des Vorsitzenden zur langen, erfolglosen Flächensuche verweist die Stadträtin auf andere Flächen wie zum Beispiel am Gaskessel oder beim Office Hub, die eventuell in Frage kämen. Ihre Fraktion sei weder gegen eine Privatschule, noch gegen das Konzept, das Problem liege am Standort und den Rahmenbedingungen. Abschließend merkt sie zu Ziffer 2 der Empfehlung an, die Planungen der Schule müssten städtebaulich, aber auch klimatologisch (Kaltluftschneise) verträglich sein.

Ein wesentliches Anliegen des Antrages, nämlich die Planungen zur Schule städtebaulich verträglich zu überarbeiten, sei in die Empfehlungen aufgenommen worden, hält StR Sauer (CDU) fest. Darüber hinaus müsse geklärt werden, wie im Rahmen der weiteren Bearbeitung ein Konzept für die städtische Sporthalle aussehen könne. Dies sei eine zentrale Forderung des Bezirksbeirates und der Sportvereine in Vaihingen und Möhringen, da speziell auf den Fildern ein Hallennotstand herrsche. Dies greife die Beschlussvorlage der Verwaltung als Ergebnis der Ämterumfrage auf. Im Gegensatz zu seiner Vorrednerin, so der Stadtrat weiter, halte seine Fraktion daran fest, das Bildungshaus auf dem Privatgrundstück zu realisieren. In der Folge könne die Sporthalle von Kita- und Schulkindern genutzt werden. Dieses Prinzip werde beispielsweise auch im Karlsruher Bildungshaus angewendet. Dazu müsse die Schule ihre Planungen überarbeiten und "abspecken"; es könne nicht mehr - wie ursprünglich vorgesehen - um 700 Kinder (600 Schulkinder, 100 Kita-Kinder) gehen. In seinen weiteren Ausführungen greift StR Sauer den Beteiligungsprozess auf, der in einer schwierigen Zeit unter Corona-Bedingungen stattgefunden habe, aber trotzdem eine Legitimationsgrundlage bilde. Somit sei es wichtig, über die drei Planungskonzepte zu sprechen (siehe Anlage 2 Abschlussbericht der GRDRs 690/2022 Neufassung, ab S. 53) und daraus ein Entwicklungskonzept zu destillieren. Es werde dabei ausdrücklich darauf verwiesen, dass die einzelnen Konzepte gemischt werden könnten. So sei beispielsweise bei Variante 1 im nördlichen Bereich ein Bildungshaus auf dem privaten Grundstück und eine Dreifeld-Sporthalle (u. a. für Mannschaftssport) vorgesehen. Nun gehe es darum, dass die Verwaltung einen Vorschlag zur endgültigen Nutzung auf der städtischen Fläche in Summe erarbeite (siehe Antragsziffer 1). Diese könne sehr wohl eine Mischung aus allen drei Planungskonzepten mit den sinnvollen und notwendigen Forderungen und in Rückkopplung mit dem Bezirksbeirat und den Beteiligten des Partizipationsprozesses sein.

Der Stadtrat spricht sich darüber hinaus dafür aus, die Idee eines Bildungshauses im weiteren Prozess zu berücksichtigen, was mit der Vorlage umgesetzt werde. Die Verwaltung komme zu einer kritischen Haltung und negiere den Bedarf an Kita-Plätzen und für eine Grundschule, was er so nicht stehen lassen könne. Er bitte darum, den Träger des Bildungshauses als weiteren Stakeholder in die Empfehlungen aufzunehmen, um nicht über, sondern mit der Schule zu sprechen. Wichtig sei seiner Fraktion auch zu klären, welche Auswirkungen die verschiedenen Ausbauvarianten der Stadtbahn auf die zukünftige Nutzung der Fläche hätten. Es müsse mittelfristig eine Stadtbahn untersucht werden, die zum Eiermann-Campus und nach Büsnau führe. Dabei sei der Vaihinger Bahnhof ein Herzstück und eine wichtige Drehscheibe der ÖPNV-Entwicklung, und es spiele eine große Rolle, welche Auswirkungen die Tunnelvarianten auf die oberirdischen Bereiche hätten. Abschließend merkt er an, viele Punkte des Antrages seien in der Präsentation und Empfehlung berücksichtigt, es bestehe aber noch der Wunsch, intensiver über die Antragsziffern 1 und 2 zu sprechen. Der Fokus müsse nun auf den

Beteiligungsprozess der großen städtischen Fläche gerichtet und die Schule mitgenommen werden.

Die von StRin Schiener angesprochene Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt wird von StRin Schanbacher (SPD) aufgegriffen, die erklärt, der Bezirksbeirat Vaihingen habe diesbezüglich großen Redebedarf, da Gemeinderat und Bezirksbeirat in Vaihingen besonders wenig Vertrauen geschenkt werde. Dies liege an der schleppenden Entwicklung der Fläche über mehrere Jahre hinweg und der nun stattfindenden Diskussion der Einrichtung einer Schule. Dies führe zu großem Unmut, da viele Menschen den Beteiligungsprozess infrage stellten, wenn ohnehin klar sei, was auf die Fläche komme. Ein Mitglied des Bezirksbeirats habe sich dergestalt geäußert, er sei frustriert über die Situation, in die er gebracht werde. Die Bürgerbeteiligung habe ihre Vorstellungen klar formuliert, die nun aber wieder infrage gestellt würden, weshalb sich der Bezirksbeirat in einer Zwickmühle sehe. Als Ergebnis dessen habe sich der Bezirksbeirat deutlich gegen ein Bildungshaus auf privater und öffentlicher Fläche ausgesprochen. Die Stadträtin bezweifelt stark, durch ein weiteres Hinausschieben der Entscheidung dieser Situation zu entkommen. Es gehe dabei nicht um das Konzept der Privatschule, sondern rein um die Fläche. Die Schule habe ihre Bedarfe bereits dargestellt, weshalb sie Ziffer 2 der Empfehlung in Frage stelle. Ähnlich wie StRin Schiener wolle sie den Blick weiten und andere Standorte in Erwägung ziehen. Beispielhaft nennt sie das Gebiet Rosenstein, bei dem das Schulkonzept sehr frei entwickelt werden könne. Da das Schulkonzept Familien aus der ganzen Region anziehe, müsse der Fokus nicht auf Vaihingen gelegt werden. Klarheit sei für alle Beteiligten nun sehr wichtig, um einen Weg aus der misslichen Lage zu finden. Sie plädiere daher dafür, heute die Vorlage zu beschließen; alles andere könne erst später entschieden werden, wenn alle Informationen vorlägen, weshalb der Antrag Nr. 54/2023 hinfällig sei.

Die intensive Beschäftigung mit den Planungen begrüßt StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei); diese Fläche sei in der Stadtentwicklung keine einfache Aufgabe, und niemand mache es sich leicht. Aufgrund der unerfreulich langen Entwicklung seien viele Konflikte und Frust entstanden, zumal noch viele "lose Enden" wie Stadtbahn oder Seilbahn zu klären seien. Er spricht sich dafür aus, trotz der Offenheit der Planungen weiter zu konkretisieren und bis zum dritten Quartal zu Ergebnissen zu kommen. Entgegen der Meinung des Bezirksbeirates sei seine Fraktion nicht gegen eine Schule auf privater Fläche, diese müsse aber städtebaulich verträglich sein, was bisher nicht der Fall sei. Die Rahmenbedingungen müssten klar festgelegt werden, und die Schule müsse dann entscheiden, ob ihr Konzept mit diesen Rahmenbedingungen umsetzbar sei oder eben nicht. Leider mangle es in Stuttgart an alternativen Flächen. Heute könne nicht alles entschieden werden, aber die Planung könne fortgeführt werden. Die Dreifeld-Sporthalle hält der Stadtrat zwar für sehr groß, aber der Bedarf bestehe; es sei selbstverständlich, dass die Schule diese dann mitnutzen könne.

Den Äußerungen seines Vorredners und von StR Sauer kann sich StR Serwani (FDP) anschließen. Der Ablehnung des Bezirksbeirates für das Bildungshaus werde er nicht folgen, denn Schule und Dreifeld-Sporthalle seien an diesem Standort wichtig. Der gemeinsame Antrag sei in den Empfehlungen enthalten. Der Besitzer des privaten Grundstückes müsse nun entscheiden, und er erwarte mit Spannung die noch ausstehenden Informationen im dritten Quartal 2023.

StRin Königeter (PULS) kann Ziffer 1 der Empfehlungen zustimmen, allerdings stelle sich zu Ziffer 2 die Frage nach der Bedeutung der städtebaulichen Verträglichkeit. Die

Rahmenbedingungen (z. B. Höhe und Dichte) für die Schule seien nicht zu verhandeln, sondern müssten von der Stadt vorgegeben werden. Der Bildungsträger müsse dann entscheiden, ob er unter diesen Voraussetzungen sein Vorhaben weiterverfolgen wolle. In diesem Zusammenhang stehe die Frage, ob der Bildungsträger eine Sporthalle auf dem eigenen Grundstück einplanen müsse oder nicht. Die unter Ziffer 3 angesprochene städtische Sporthalle sei noch nicht beschlossen, weshalb heute nicht gesagt werden könne, dass die Schule städtebaulich verträglich planen solle und dabei von einer Sporthalle absehen könne. In ihren weiteren Ausführungen spricht die Stadträtin die Lärmproblematik an. Derzeit sei die Schule planerisch in Richtung Gewerbegebiet ausgerichtet, weshalb sich die Frage stelle, ob diese später eventuell Auswirkungen auf das Gewerbegebiet haben könne. Des Weiteren verweist sie auf die derzeit vorgesehenen Parkplätze im Untergeschoss (UG) der Schule. Wenn die Dreifeld-Sporthalle in diesem UG untergebracht werde, fiel die Möglichkeit für Parkplätze weg. Unter diesen gesamten Voraussetzungen könne die Schule ein weiteres Konzept planen, wobei ihr ein fairer Umgang mit der Schule wichtig sei. Unter der Annahme einer städtischen Dreifeld-Sporthalle gibt die Stadträtin zu bedenken, dass dadurch einige andere Wünsche, wie Gemeinschaftswerkstätten und Kultureinrichtungen, wegfielen. Bisher sei eine gemeinschaftlich-offene Nutzung vorgesehen, wohingegen eine Sporthalle etwas sehr Geschlossenes sei. Eventuell sei auch eine Zweifeld-Halle ausreichend. Mit Spannung erwartet sie die unter Ziffer 4 der Empfehlung angekündigten Ergebnisse.

Für StR Schrade (FW) spiegelt die Präsentation des Vorsitzenden gut das Ergebnis des Bezirksbeirates wider. Allerdings stelle sich ihm die Frage, ob das Büro "planbar hochdrei" einen "guten Job" gemacht habe. Angesichts drei verschiedener Konzepte, die dann auch noch wie eine Art Baukasten funktionierten, hätte er sich mehr Klarheit erhofft. Dankbar sei er für die Beiträge der StRe Sauer und Rockenbauch; in diese Richtung müsse weitergearbeitet und die Schule auf privater Fläche im Rennen belassen werden. Ebenso müsse die Dreifeld-Sporthalle dringend umgesetzt werden, da ein großer Bedarf an Übungsflächen bestehe. Aus diesen Gründen begrüße er den Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Vorgehen, denn die Planung müsse nun endlich vorankommen.

Um einen schnellen Bericht bezüglich der wichtigen Ziffer 4 der Empfehlungen bittet StR Dr. Mayer (AfD). Der Stadtrat betrachtet eine Sporthalle (Ziffer 3) als gesetzt und möchte die Forderungen des Bezirksbeirates aufnehmen (Ziffer 1), die aber eventuell mit den rechtlichen Verhältnissen kollidierten. Seine Fraktion positioniere sich nicht gegen eine Schule, allerdings sei die Frage an den Bezirksbeirat falsch formuliert worden. Sinnvoller wäre es gewesen zu fragen, welche Nutzung sich der Bezirksbeirat auf der privaten Fläche vorstellen könne. Eine Schule lasse sich mit der übrigen Nutzung gut verbinden.

Auf die komplexe, dynamische Fragestellung, in die Zeit investiert werden müsse, weist BV Jehle-Mungenast (Vaihingen) hin. Es werde versucht, sich an den Kern der Nutzungen heranzutasten, wobei allerdings noch viele Unklarheiten, v. a. bei Mobilitätsaspekten, beständen. Er dankt ausdrücklich für die Übernahme der Vorschläge des Bezirksbeirates, womit dessen Beratungsleistung gewürdigt werde. Des Weiteren verweist er auf den Auftrag des Ausschusses, den Standpunkt des Bezirksbeirates zur Schule abzufragen. Er betont, die Planungen der Schule hätten dem Bezirksbeirat bei den Beratungen in der aktuellen Version vorgelegen. Nichtsdestotrotz sei die Frage nach der Schule auf das Wesentliche reduziert gewesen und habe viele Wenn und Aber herausgenommen. Nun müsse mit dem Ergebnis aus dem Bezirksbeirat umgegangen werden.

Erschreckend sei für ihn die bereits angesprochene Umfrage zum Zusammenleben in den Stadtbezirken, in der das Vertrauen in den Bezirksbeirat als sehr schlecht gekennzeichnet werde. Dies hänge mit der Geschichte der Fläche und weiteren Ereignissen im Stadtbezirk zusammen, und auf diese Stimmung müsse reagiert werden. Mit Ziffer 2 der Empfehlungen werde heute keine Entscheidung zur Schule getroffen, er wolle aber trotzdem mitgeben, darüber nachzudenken, was in einem halben Jahr mit einer neuen Planung geschehe. Unnötige weitere Schleifen müssten vermieden werden. Er appelliert an den Ausschuss, vorher zu entscheiden, ob der Bezirksbeirat erneut befragt werde. Darüber hinaus habe sich der Bezirksbeirat entsprechend der Ziffer 3 der Empfehlung für die Prüfung einer Mehrzweck-Sporthalle ausgesprochen. Abschließend äußert er den Wunsch, sich der Sache anzunähern, um am Ende zu einem guten Ergebnis für den Stadtbezirk zu gelangen.

Für StRin Köngeter besteht Einigkeit über die Sporthalle, lediglich die Dimension sei fraglich, da weitere Nutzungswünsche in der Beteiligung formuliert worden seien. Auch ein Wunsch stelle einen Bedarf dar. Es sei schade, wenn rechnerisch unterlegte Bedarfe andere Bedarfe ausstächen. Für die Verwaltung sei die Information wichtig, mit welcher Hallengröße geplant werden müsse.

Diese Diskussion werde zu einem späteren Zeitpunkt geführt, betont BM Pätzold. Man müsse sich den drei Varianten schrittweise annähern und - wie von BV Jehlemungenast gefordert - an manchen Stellen Klarheit schaffen, weshalb heute die Kenntnisnahme zum weiteren Vorgehen behandelt werde. Es gehe ausdrücklich nicht um einen Beschluss zu Schule oder Turnhalle, da noch viele offene Fragen (z. B. ÖPNV) zu klären seien. Zum Thema Frischluft stellt der Vorsitzende klar, in der zweiten Reihe ständen Gebäude mit 25 m Höhe. Im Augenblick sei auf der privaten Fläche eine Gewerbefläche mit einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,6 und 20 m Höhe möglich. Vorstellung der Verwaltung seien eine GRZ von 0,6 und drei Geschosse für eine Schule. Da man den Bezirksbeirat sehr ernst nehme, werde die Aufnahme der Ergänzungen in die Beschlussvorlage vorgeschlagen. Der Schule sei nun klar, dass nichts von der städtischen Fläche abgegeben werde. Den Hauptdiskussionspunkt bildeten 23.000 m<sup>2</sup> städtische Fläche und nicht 3000 m<sup>2</sup> private Fläche. Der Bezirksbeirat habe sich mehrheitlich für eine Mehrzweckhalle ausgesprochen, was im weiteren Verfahren geprüft werden müsse. Selbstverständlich sei die Frage, ob und in welcher Größe eine Halle vorgesehen werde entscheidend, um letztendlich zu einer Entscheidung zu kommen. Aus Sicht der Verwaltung solle der Schule die Chance einer Neuplanung eingeräumt werden; die bisherige Planung sei an dieser Stelle städtebaulich nicht verträglich, weshalb der Bezirksbeirat diese abgelehnt habe. Er ergänzt, die Schule befinde sich mittlerweile im zweiten Interim, das nicht verlängert werden könne. Die von StRin Schiener vorgebrachten alternativen Flächen seien aus verschiedenen Gründen nicht möglich (Office-Hub-Fläche: private Fläche mit genehmigtem Bauantrag, Fläche beim Gaskessel: Gaskessel noch in Betrieb, Sicherheitsabstand zwingend einzuhalten, Eiermann-Gelände: dort besteht Ziel einer öffentlichen Schule). Erstaunen äußert er über den Vorschlag von StRin Schanbacher zu Rosenstein, da in einem Antrag kritisiert werde, es gebe dort zu wenig Wohnungen, weil zu viele Schulen vorgesehen seien. Außerdem werde mit Rosenstein die zeitliche Perspektive für die Schule noch weiter verschoben. Wenn im Herbst/Winter alle Machbarkeitsstudien vorlägen und eine Vorstellung zur Größe der Sporthalle bestehe, erfolge eine endgültige Entscheidung.

Zum Beteiligungsprozess ergänzt Frau Frucht (ASW), angesichts der zahlreichen Herausforderungen habe das betreuende Büro sehr gut gearbeitet. So habe beispielsweise

der Bezirksbeirat zu Beginn auf die bereits stattgefundene Beteiligung verwiesen. Alleine diesen Knoten aufzulösen, habe sehr viel Zeit in Anspruch genommen. In diesem Konglomerat und dem Anspruch, möglichst viel auf der Fläche umzusetzen, sei gute Arbeit geleistet worden. Es habe noch nie eine derart umfangreiche Beteiligung gegeben, die den Auftrag zu erfüllen habe, etwas Besonderes zu leisten. Aus diesem Grunde habe man sich auch für die IBA beworben.

Die Ausführungen des Vorsitzenden seien gerade im Zusammenhang mit dem Antrag sehr wichtig, so StR Sauer. Die Antragsteller fühlten sich durch die Empfehlungen mitgenommen, weshalb man auf eine Abstimmung verzichte. Er wolle nun zunächst das überarbeitete Konzept des Bildungshauses abwarten, um dann die Entscheidung zu treffen. Bezüglich der Größe der Sporthalle, die im Übrigen vom Amt für Sport und Bewegung und im Rahmen des Beteiligungsprozesses angeregt worden sei, erwarte er gerne die Stellungnahme der Verwaltung zu den Vorteilen einer Dreifeld- gegenüber einer Zweifeld-Sporthalle. Mannschaftssportarten benötigten auf jeden Fall eine Dreifeld-Sporthalle, und es müsse darauf geachtet werden, eine Halle zu bauen, die von den Sportvereinen auch genutzt werde. Seine Fraktion spreche sich bereits heute für eine Dreifeld-Halle aus, die auch Teil der Planungsvariante 1 sei.

Die Bedenken von StRin Köngeter bei einer großen Halle aufgreifend verweist StR Schrade auf die innovative Idee, das Dach der Sporthalle für andere Bedarfe zu nutzen. Bezüglich der Einschätzung von Frau Frucht zum Beteiligungsprozess anerkennt der Stadtrat die schwierigen Rahmenbedingungen und die zahlreichen Nutzungswünsche. Am Ende müsse ein guter Nutzungsmix geschaffen werden, und es obliege der Kommunalpolitik, eine Entscheidung zu treffen.

StRin Schanbacher thematisiert die von BV Jehle-Mungenast vorgebrachte Frage nach dem Umgang mit den neuen Planungen der Schule. Teile des Bezirksbeirates fühlten sich in eine missliche Lage gebracht, da dessen Entscheidung bereits feststehe. Eine weitere Fragerunde sei aus ihrer Sicht massiv schädlich. Lobend äußert sie sich zur Leistung der Bürger\*innenbeteiligung; die Anzahl der Kontakte zur Bürgerschaft sei enorm im Vergleich zu anderen Beteiligungsprozessen. Wenn sich die Stadt dies auf die Fahnen schreibe, müsse aber auch das Ergebnis akzeptiert werden, ansonsten werde Zeit, Geld und Vertrauen in die Politik verspielt. Abschließend äußert die Stadträtin den Wunsch, die Empfehlungen getrennt abzustimmen.

Für die sachliche Diskussion dankt StRin Schiener; BV Jehle-Mungenast habe viel Klarheit in die Thematik gebracht. Wenn, wie von StR Schrade formuliert, der Gemeinderat entscheide, hätte die Frage nach der Schule nicht in den Bezirksbeirat gegeben werden dürfen. Es habe sich heute herauskristallisiert, öffentliche Fläche nicht zur Verfügung zu stellen. Mit "Bauchschmerzen" habe sie die Frage des Bezirksvorstehers zur Kenntnis genommen, ob der Ausschuss die Antwort des Bezirksbeirates zu einer überarbeiteten Planung hören wolle. Einverstanden zeigt sie sich mit Ziffer 1 der Empfehlung, in der die Ergänzungen des Bezirksbeirates enthalten seien. Bezüglich Ziffer 2 habe der Vorsitzende nun die Rahmenbedingungen von GRZ 0,6, 60 % Versiegelung und 12 m Höhe (drei Geschosse) klar benannt, mit denen sie mitgehen könne. Allerdings stelle sich die Frage, was geschehe, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden könnten. Darüber hinaus seien ein Lärm- und ein Verkehrskonzept sowie eine Lösung für Parkierung/Radstellplätze nötig, wenn die Schule ihre Sporthalle im UG ansiedle. Den Ziffern 3 und 4 kann die Stadträtin folgen.

Eine derartig gute Diskussion wünscht sich StR Rockenbauch im Ausschuss vermehrt für viele andere Orte in der Stadt, denn nur dadurch werde man dem Problem gerecht, mit großen Zielvorstellungen in die Planungen zu gehen und diese mit Beteiligten und Eigentümer\*innen verhandeln zu müssen. Es könne nur ein lernender Prozess sein, bei dem Schritt für Schritt mehr Erkenntnis entstehe und Planungen angepasst würden. Ungewissheiten müssten von allen Beteiligten ausgehalten werden. Da für die heutige Thematik noch nicht alle Informationen vorlägen, könne noch keine finale Entscheidung getroffen werden. Dies gelte auch für die Aussage zur Höhe von drei Stockwerken, für die eine städtebauliche Begründung wie umgebende Bebauung benötigt werde. Nun müsse der Prozess der Qualifizierung der Planung für die private Fläche folgen. Grundsätzlich merkt er an, Demokratie leide nicht darunter, wenn zu viel, sondern wenn zu wenig verhandelt werde. In der Vergangenheit habe es in Vaihingen viele Zumutungen durch das Gewerbegebiet und die Verkehrsbelastung gegeben, die das schlechte Verhältnis zwischen Bezirks- und Gemeinderat begründeten.

StRin Königeter beantragt mündlich zu Ziffer 2 der Empfehlungen, dem Bildungsträger aufzuerlegen, die Planungen mit und ohne Sporthalle auf dem eigenen Grundstück vorzusehen, um die Entscheidung zu Ziffer 3 nicht vorwegzunehmen.

Auf den Vorschlag der Verwaltung, heute über die Vorlage mit den Ergänzungen abzustimmen und die anderen Entscheidungen im Herbst/Winter zu treffen, verweist BM Pätzold. Es gebe eine Empfehlung des Bezirksbeirates und eine Mehrheit im Gemeinderat, eine Sporthalle einzurichten; es werde lediglich über die Größe diskutiert, die nun geprüft werde. Über die Schule werde heute nicht entschieden, sondern dem Bildungsträger werde die Chance eingeräumt, eine neue Planung vorzulegen. Somit gebe es auch keinen Beschluss gegen den Bezirksbeirat. Der endgültige Beschluss erfolge zu einem späteren Zeitpunkt, wenn weitere Informationen vorlägen.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt einstimmig wie beantragt mit den Ergänzungen des Bezirksbeirates Vaihingen. Über alle weiteren Themen der Empfehlung zum weiteren Vorgehen wird voraussichtlich im kommenden Winter erneut beraten.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr



## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
Baurechtsamt (2)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB  
VVS
  2. OB/82
  3. S/OB  
*S/OB-Mobil*
  4. *Referat AKR*  
*Kulturamt*
  5. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)
  6. Referat SOS  
Amt für Sport und Bewegung (2)
  7. Referat JB  
Jugendamt (2)  
Schulverwaltungsamt (2)
  8. *Referat SI*  
*Sozialamt*
  9. Referat T  
AWS (2)
  10. *BezA Vai*
  11. Amt für Revision
  12. L/OB-K
  13. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. SPD-Fraktion
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. FDP-Fraktion
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*